PRESSEINFORMATION

CDU FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Julia Klöckner, MdL
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
2. Plenarsitzung, Donnerstag, 2. Juni 2016

Erwiderungsrede auf die Regierungserklärung

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

02.06.2016

I. Einleitung: Wir werden eine kraftvolle Opposition sein und Politik mit Augenmaß machen

Anrede,

Es ist kein Geheimnis: Wir Christdemokraten hätten nach 25 Jahren die Opposition- mit der Regierungsbank gerne getauscht, um notwendige, **um andere Akzente in der Landespolitik zu setzen.** Das haben wir nicht geschafft - für uns eine große Enttäuschung. Und wenn man so gearbeitet, so gekämpft und dann doch nicht gewonnen hat, dann ist das hart. **Aber auch das gehört zur Demokratie dazu.**

Die Regierungsbildung ging an die SPD.
Dazu möchte ich Ihnen, Frau MP Dreyer - wie auch allen wieder oder neu in den Landtag gewählten Kolleginnen und Kollegen – nochmals **gratulieren.**

Und diejenigen, die unerwartet nicht mehr in den Landtag eingezogen sind - das gab es ja nicht nur in unseren Reihen - wünsche ich alles Gute für den nun neuen, anderen Weg.

Anrede,

wir als **CDU-Fraktion sind die zweitstärkste Kraft in diesem Parlament.**
Diesen Auftrag nehmen wir sehr ernst:

- Um einen lebendigen, demokratischen **Parlamentarismus zu stärken**.
- Die Regierung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz zu **kontrollieren.**
- Die Regierung zu hinterfragen. Denn **Regierungsinteressen sind nicht automatisch Bürgerinteressen.**
- Wir werden eine kraftvolle, eine **starke Opposition** sein.
- Mutig, klar und **unterscheidbar**.
- Wir haben gute Ideen und gute Leute, um vernünftige **Politik mit Augenmaß** zu machen.

Ihr Auftrag, Frau Dreyer, und der Ihrer Regierung ist es, **Lösungen** für drängende, politische Fragen zu erarbeiten.

Wir werden das, was Sie tun oder unterlassen, kontrollieren und bewerten.

Wir werden **in Chancen denken, nicht in Strukturen.**
Und nicht in kleinsten, gemeinsamen Nennern.

Unsere christdemokratische Politik setzt

- auf **Sicherheit und Verlässlichkeit für die Bürger**, nach innen wie außen,
- auf eine **Integrationspolitik**, die fördert und zugleich fordert,
- uf nachhaltiges **Wirtschaftswachstum** und sichere **Arbeitsplätze,**
- auf vergleichbare **Bildungsqualität,**
- auf eine **Haushaltspolitik,** die den kommenden Generationen nicht die Luft zum Atmen nimmt.
- auf eine Politik, die die **Alten und Schwachen**, nicht nur die, die auf der Überholspur sind, im Blick hat. Die Stärke einer Gesellschaft hängt davon ab, wie sie mit den Schwachen umgeht.

II. <u>Wir definieren uns nicht über Gegner, sondern über Aufgaben</u>

Anrede,

der Vorsitzende der SPD-Fraktion hat sich vor einigen Tagen mit den Worten zitieren lassen: „*Der Hauptgegner ist (…) die CDU (...).“*[1]
Das können Sie gerne so sehen, Herr Schweitzer.

Wir aber definieren uns nicht über einen „Gegner“, sondern über Aufgaben.

An dieser Stelle ein **persönliches Wort an die Abgeordneten meiner Fraktion**:
Ich bin stolz auf Eure Arbeit in den vergangenen fünf Jahren. Ihr habt inhaltlich so stark und fachlich fundiert gearbeitet, wie keine andere Fraktion in diesem Landtag.

[1] DPA 4.5.2016

Vieles von dem, was wir gemeinsam erarbeitet haben und was die regierungstragenden Fraktionen zunächst kategorisch ablehnten, ist **von der Regierung schließlich doch übernommen worden**: Denken wir doch nur einmal an die Flüchtlingspolitik und das Integrationsgesetz.

Anrede,

„Im Land ist ein Unbehagen zu spüren.“

Eindringliche Worte, von **Bundespräsident Gauck** vor wenigen Tagen[2].

Es gebe ein großes Bedürfnis nach Diskussion.
Bei vielen Themen herrsche **Unsicherheit oder Ungewissheit**:
Flucht und Einwanderung, Terrorismus, Kriege, Schulden, Rente, Freihandel, Digitalisierung, Europa.

Anrede,

jede Gesellschaft braucht **Grundvorstellungen** dessen, was richtig und was falsch ist. Und diese Grundvorstellungen sind nicht einfach vorgegeben, sondern sie unterliegen dem Wandel und müssen immer wieder neu ausgehandelt werden.

Ja, wir erleben Veränderungen, Umbrüche.

Der Wandel ist unumgänglich. Der Umgang mit diesem Wandel ist eine Frage der Haltung, wie es der Historiker Prof. Andreas Rödder formuliert.

Wer will, dass sich nichts ändert, ist ein **Traditionalist**.

Der **Reaktionär** will einen früheren Zustand wiederherstellen.

Der **Konservative** hingegen weiß, dass der Wandel unumgänglich ist, und daher will er den Wandel so gestalten, dass er für die Menschen verträglich ist. Dass sie keine Verlustängste haben müssen. Das ist die Haltung von uns Christdemokraten, wir machen **alltagstaugliche Politik.**

[2] 23.Mai, Berlin

Und gerade deshalb - und ich möchte hier nochmals Bundespräsident Gauck zitieren vom 23. Mai in Berlin: „ … *darf Demokratie Unterschiede nicht glattbügeln. Vielmehr müsse sie Differenz und Widerspruch Raum geben.““*

Anrede,

wir stehen in den kommenden fünf Jahren vor großen Aufgaben.
Wir werden hier im Plenum um die besten Antworten ringen.

Davon bin ich überzeugt:
Beteiligung, Engagement, Diskussion – lohnen sich in einer Demokratie, wenn sie **offen und anständig geführt werden.**

Die Debatten offen zu führen, ohne die gewohnten Reflexe der schnellen Ablehnung des anderen, das sollten wir versuchen. Frau Dreyer, Herr Lewentz, Herr Schweitzer: Es ist zu einfach, jeden, der genauer hinschaut, eine Opposition, die kontrolliert und kritisiert und nicht das Lied der Regierung singt, zu bezichtigen, sie würden das Land schlecht reden. **Gehen Sie einfach souveräner mit angebrachter Kontrolle und Kritik um.**

Anrede,

Und so wird es in den kommenden fünf Jahren in diesem Plenum viel Unterschiedliches und Gegensätzliches geben.
Und auch **Gemeinsames.**

III. Ehrliche Politik verzichtet auf Schönfärberei, sie stellt sich der Bestandsaufnahme

Wir Christdemokraten setzen uns dafür ein, dass unser Bundesland und seine Bürger eine gute Zukunft haben.

Denn wir fühlen uns Rheinland-Pfalz verpflichtet.

Dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der Solidarität, den neuen Chancen.
Diese Ziele, Frau Dreyer, die teilen wir.

Auch wir wollen, „*dass die Menschen zusammenhalten. Dass sie gut zusammen leben. Dass sie sich wohl fühlen in unserem Land.“*

Aber Gefühl alleine reicht nicht.

Belastbare Grundlagen für die Zukunft müssen erarbeitet werden.

Unser Anspruch reicht also weiter:
Wir wollen eine **ehrliche** Politik für unser Land.
Nicht nur Schönfärberei. Auch eine ehrliche **Bestandsaufnahme** ist wichtig, um die passenden Entscheidungen treffen zu können.

- Was kann sich unser Land überhaupt leisten?
- Was macht den Menschen Angst, und warum fühlen sich eben nicht alle immer nur wohl?
- Warum sind Bürger häufig politikverdrossen und unzufrieden?
- Wird das gehalten, was man den Wählern verspricht?

In den vergangenen zehn Jahren sind viele Entwicklungen plötzlich, abrupt verlaufen, im privaten wie im öffentlichen Leben.

Viele Menschen das Gefühl, nicht mehr mitzuhalten.

Es ist nicht nur alles schön und gut in unserem Land, es gibt auch Probleme. **Kein Wort gestern von Ihnen, Frau Dreyer, zur stark gestiegenen Kinderarmut in unserem Land. Warum?**

Unbehagen dürfen wir nicht einfach ignorieren, sondern wir müssen danach fragen, was den **Menschen wieder Halt** gibt.

Und deshalb, Frau Dreyer, hat mich ihre gestrige Regierungserklärung enttäuscht.
Es sollte eine **Regierungserklärung** sein.
Am Ende aber war es eine **Regierungserklärung**.
Zuviel **Selbstzufriedenheit** ist ein gefährlicher Begleiter.

- **Ein Beispiel: Medizinische Versorgung.** Sie sagen: „*Eine gute medizinische Versorgung darf keine Frage des Wohnortes sein.*“ Aber Frau Dreyer, es ist doch schon längst eine. Weil Sie den kleinen Krankenhäusern, im ländlichen Raum, die notwendigen Mittel für Investitionen vorenthalten.

- **Oder Kultur:** Sie sagen: „*Eine Gesellschaft kann ohne Kunst und Kultur nicht leben. Die Landesregierung misst der Kultur einen hohen Stellenwert bei.*“ Klingt schön. Die Realität sieht anders aus: Rheinland-Pfalz liegt in der Kulturförderung an vorletzter Stelle unter allen Bundesländern.

Ehrliche Bestandsaufnahme ist die Grundlage, um besser werden zu können!
Das gestern waren von Ihnen Worte,
die ignorieren – aber nicht lösen,
die verdrängen – aber nicht anpacken.

Wir Christdemokraten sind hingegen **Realisten** - weder Schönfärber auf der einen noch Angstmacher auf der anderen Seite.
Realistisch sein heißt: hinschauen, was ist und nicht nur sein soll.

IV. Die Arbeit im Landtag wird sich verändern, die Debatte muss lebendiger werden

Der neue Landtag ist anders als der alte. Es gibt zwei weitere Fraktionen. Das wird die parlamentarische Arbeit verändern.

Wir betreten mit fünf Fraktionen im Landtag Neuland. Wir sind deshalb **offen für eine weitere Reform der Geschäftsordnung** im Hinblick auf die Ausgestaltung der Parlamentsdebatten. Ich kann mir die Einführung eines separaten Tages vorstellen, der für eine intensive Regierungsbefragung reserviert ist. Das würde mehr Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit schaffen – und das ist doch sicher auch in Ihrem Sinne, Frau Dreyer.

Der Beratungs- und Debattenkultur im Landtag würde es schon alleine gut tun, wenn sich die **Regierungsfraktionen nicht als reine Zustimmungsorgane zur Regierungspolitik sehen werden.**

Im Bundestag ist das Normalität, weil die Regierungsfraktionen selbstbewusst gegenüber der Bundesregierung auftreten und ihre eigenen Schwerpunkte setzen. Das haben wir im rheinland-pfälzischen Landtag bei Rot und Grün in den vergangenen fünf Jahren nicht erkennen können. Das tat der Sache, das tat dem Land nicht gut.

Anrede,

die ersten Wochen nach einer Wahl sind nicht die Stunden der Opposition. Es ist die Zeit der Regierungsbildung derer, die einen Auftrag dazu vom Wähler bekommen haben.

Das Ergebnis dieser Beratungen haben Sie gestern, Frau Dreyer, vorgestellt.

Und ich werde heute gerne darauf eingehen und für meine Fraktion eine Bewertung vornehmen.

V. Bewertung des Ampel-Bündnisses und des Koalitionsvertrages

1. Die Ampel ist ein Zweckbündnis, um die Macht nicht zu verlieren, und die FDP hat ein großes Stück ihrer Überzeugungen geopfert

Anrede,

Was ist die Ampel?
Das bisherige Rot-Grün – nur mit einer gelben Zusatzfarbe.

Die Regierungsfraktionen sprechen zwar vom großen programmatischen Projekt. Aber seien Sie doch mal ehrlich: Es ist ein **Zweckbündnis**. Damit Rot-Grün an der Regierung bleiben kann.

Wenn man sich ansieht, wie die Partner der Ampel vor der Wahl übereinander geredet haben, die unverhohlene Freude der SPD, als die FDP 2011 den Einzug in den Land-

tag verpasste. Und bis vor kurzem vertraten Sie, **Frau Dreyer**, die **Auffassung, die FDP würde im Landtag nicht sonderlich fehlen**.

Und wir erinnern uns auch noch daran, mit welcher Vehemenz **Herr Mertin** sich über die Durchsuchung bei dem Journalisten Wilhelm Hahne am Nürburgring empörte. Zuständige Abteilungsleiterin im Justizministerium war damals **Frau Hubig**. Heute sitzen Sie mit ihr am Kabinettstisch. Ich will das gar nicht weiter bewerten.

Zu Recht vermissen selbst gestandene FDP-Mitglieder die liberale Handschrift im Koalitionsvertrag. Sie ist schlichtweg nicht erkennbar. Dadurch unterbleiben notwendige Korrekturen. Oder es werden nur Prüfaufträge vergeben und die Entscheidung auf die lange Bank geschoben.

Rot-Grün geht also weiter, auch wenn der Wähler Rot-Grün nicht verlängern wollte, wie das Wahlergebnis zeigte, die FDP macht es möglich.

Was steckt tatsächlich in der Ampel?

Die FDP-Basis hat einen durchaus realistischen Blick auf den Koalitionsvertrag: *„Ein linkes Werk (…) Die Fortführung rot-grüner Politik mit gelben Sprenkeln“,* urteilte beispielsweise der FDP-Kreisvorsitzende aus Neuwied[3].
Sein Credo: „*Grundsätzlich nach der Wahl das tun, was man vor der Wahl versprochen hat, niemals das Gegenteil.“* Glaubwürdigkeit sei gerade für eine im Wiederaufbau begriffene Partei ungemein wichtig[4].

Der FDP-Vorsitzende aus Ahrweiler kritisierte: *„Mit diesem Koalitionsvertrag verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit. Wir haben den Wählern einen Politikwechsel versprochen. Ich kann eine durchgehende liberale Handschrift kaum finden.“*[5]

Und **Hans-Artur Bauckhage**, immerhin fast sieben Jahre Minister und Stellvertretender Ministerpräsident, antwortete auf die Frage nach Schnittmengen der FDP mit den Grünen: *„Ich sehe keine“.*[6]

[3] Allgemeine Zeitung 10.5.2016
[4] RZ 29.4.2016
[5] Allgemeine Zeitung 10.5.2016

2. Der Koalitionsvertrag in Ampelprosa hat erhebliche Schwachstellen

Ampelprosa soll viel kaschieren. Eine Ampelprosa, in die man alles und nichts hineininterpretieren kann.

Ich nenne nur den Satz: *„Wir müssen die Beratungskompetenz des Landes ausbauen.“* Was heißt das? Neue Stellen in der Verwaltung? Noch mehr Geld für eingekaufte Experten?

An vielen Stellen des Koalitionsvertrages hat man den Eindruck, es musste so formuliert werden, dass die **FDP etwas zum Vorzeigen** hat. **Und dass die Grünen** sagen können: Umgesetzt ist aber noch nichts.

Bestes Beispiel: die Brücken-Prosa.

Was ist vom Koalitionsvertrag zu halten?

- Sehr Vieles bleibt sehr **vage**.
- Bei Vielem ist die **Frage der Finanzierung nicht** geklärt. Wo erkennbar mehr gemacht werden soll, wird einfach nur mehr EU- oder Bundesgeld gefordert[7].
- Aus alt mach neu. **Bereits bestehende Maßnahmen und Projekte werden als neue beschrieben:** angeblicher Abbau von 2000 Stellen, mehr Polizisten, die aber vorher schon beschlossen waren oder die Verkündung von zusätzlichen amerikanischen Soldaten, was wir aber schon seit einem Jahr wissen. Haben Sie das wirklich nötig?

---

[6] Allgemeine Zeitung vom 17.3.2016

[7] Bspe.e: Verbesserung der frühkindlichen Bildung: Forderung nach Bundesmitteln zur Fortsetzung der Mitfinanzierung in der Kinderbetreuung – Schulen: 100-%-Unterrichtsversorgung, Erhaltung muttersprachlicher Unterricht, Verstärkung Schulsozialarbeit über Bundesmittel durch Aufhebung des Kooperationsverbotes – Hochschulfinanzierung: Forderung nach Bundesmitteln – Weiterbildung: Verweis auf ESF-Mittel – Finanzierung Umweltschutz: EU- und Bundesmittel sind voll auszuschöpfen – Flüchtlingsintegration: Forderung nach mehr und ausreichenden Bundesmitteln.

2. Wirklicher, konkreter Sparwille ist nicht zu erkennen

Anrede,

eines lässt sich bereits jetzt feststellen: **Die Ampel wird für die Bürger teurer**.

Vor der Wahl hatte Herr Wissing noch den Anspruch, er mache den Haushalt. Wir erinnern uns an sein Wahlplakat.
Und auch kurz nach der Wahl kündigte er einen *„harten Konsolidierungskurs" an* und Einsparungen „in allen Ministerien bis in die Spitzen."[8]

Vieles hätten sich die Bürger unter dem von der FDP versprochenen Politikwechsel ja vorstellen können, dass zum Beispiel **ein Ministerium abgeschafft würde, siehe Sachsen-Anhalt oder Baden-Württemberg.**

Stattdessen das Gegenteil. Bereits 2011 gab es ein Ministerium mehr, und jetzt wieder eins. Die Einwohnerzahl in Rheinland-Pfalz wird weniger, die Minister mehr.

„Pure Verschwendung"[9], sagt der Steuerzahlerbund*. Zu Recht.*

Landesvorsitzender **Rainer Brüderle**: *„Es ist ein völlig falsches Signal, die Zahl der Ministerien zu erhöhen, nur weil die SPD unbedingt fünf Ressorts behalten will, damit sie mehr hat, als FDP und GRÜNE zusammen. Das zusätzliche Ministerium ist eine Steuerverschwendung."*[10]
Die *„künstliche Aufspaltung von Themenbereichen",* so Brüderle, führe *„zu Doppelstrukturen und Kompetenzstreitigkeiten."*[11]

Abgehoben hier auch die **Rechtfertigung von Frau Dreyer**: *„Wir hatten fünf Ressorts, und finde es in Ordnung, dass dies so bleibt.*[12]

[8] Rheinpfalz 2.5.2016
[9] DPA 26.4.2016
[10] Trierischer Volksfreund, 23.5.2016
[11] Trierischer Volksfreund, 23.5.2016

Und: „*Das wird uns finanziell nicht umhauen* [13].

Je nach Bedarf wechselt Ihre Argumentation zwischen „Schuldenbremse“ und „Haut uns nicht um“.

Ihr Chef der Staatskanzlei verkauft es fast so, als würde die Schaffung eines neuen Ministeriums sogar noch Geld bringen: Ein weiteres Ministerium **sei „für kleines Geld“** zu haben. Statt einer Ministerin und drei Staatssekretären gebe es eben künftig zwei Minister und zwei Staatssekretäre[14].

Was Sie verschweigen: 20 Millionen Euro in der Legislaturperiode kostet das, sagen Experten. Referate müssen komplett neu geschaffen werden, etwa für Haushalts- und Personalfragen, für Organisation oder ein Justiziariat. Hinzu kommen der neue Chef für die Leitung der Zentralabteilung und ein Leitungsstab im Ministerbüro[15].

Kleines Geld ist das sicher nicht. Bei der Polizei werden Personalmangel und Überstunden festgeschrieben: Schuldenbremse.

Aber für ein komplett neues Ministerium ist Geld da. **Verstehen Sie das unter der "Balance", Frau Dreyer, die Sie, wie Sie gestern von sich behaupteten, verkörpern würden?**

Wer regiert, trägt eine große Verantwortung, auch für die Glaubwürdigkeit der Politik. Zusätzliche Posten in Zeiten wie diesen sind das Gegenteil davon.

Im Parlament sind wir den umgekehrten Weg gegangen und haben zum Beispiel die Zahl der **Vizepräsidenten verringert**.

---

[12] Allgemeine Zeitung 23.4.2016
[13] TV 5./6.5.2016
[14] RZ 27.4.2016
[15] Zahlen nach AZ (Twitter 10.5.2016) und RZ 27.4.2016

Zu Ihrem kostspieligen Verhalten, Frau Dreyer, passt, dass die **Chefin der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Ihre Parteifreundin,** im Alter von gerade einmal 52 Jahren in den einstweiligen Ruhestand geschickt wird. Mit entsprechenden Bezügen. An ihre Stelle tritt ein enger Vertrauter von Herrn Lewentz aus dem Innenministerium, natürlich auch ein Parteifreund. Balance?

Sie, Frau Dreyer, weigern sich bis heute, das dem Steuerzahler zu erklären[16]. **„Maximale Transparenz“**, waren das nicht Ihre Worte? Was kostet das den Steuerzahler?

Gleichzeitig hat die Ampel angekündigt, **Stellen einsparen** zu wollen. Klingt gut. Nur: Ein großer Teil dieser angeblichen 2.000 Stellenstreichungen wurde bereits vor der Wahl von der Vorgängerregierung beschlossen[17]. Davon steht im Koalitionsvertrag nichts. Und auch nicht, welche Stellen und wo sie wegfallen sollen und wo diese Aufgaben dann künftig erledigt werden.
Der Koalitionsvertrag ist voller **Mogelpäckchen**:

- „neue“ **Stelleneinsparungen**, die nicht neu sind,
- 500 „zusätzliche“ **Polizisten**, die die Gesamtzahl überhaupt nicht erhöhen,
- 600 Mio. Euro für Landesstraßen. Schaut man genauer hin, sind das gerade mal 20 Mio. Euro mehr pro Jahr.
- 1.300 zusätzliche **Soldaten** für die US-Airbase Spangdahlem – Nachrichten, die Innenminister Lewentz aus den USA mitbringt. Nur: Das steht schon seit einem Jahr fest.
- Altes wird als neu verkauft. Ampel-Prosa.

Anrede,

dabei steht unser Land vor gewaltigen Umbrüchen und großen Aufgaben: Der Koalitionsvertrag wird diesen Herausforderungen nicht gerecht.

Der kleinste gemeinsame Nenner ist eben nicht automatisch der große Wurf.
In jedem einzelnen Kapitel des Vertrages ist dies zu erkennen.

[16] TV 25.5.2016
[17] SWR, 12.5.2016

a) SICHERHEIT (Polizei/Justiz)

Verantwortliche Innenpolitik bedeutet, den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit zu geben. Dazu gehören insbesondere, die Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste personell und sachlich so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.

In diesen Tagen hat der Bundesinnenminister die aktuelle **Polizeiliche Kriminalstatistik** vorgestellt. Besorgniserregend ist die wachsende Zahl an Wohnungseinbrüchen. Bundesweit ist die Zahl der Wohnungseinbrüche allein im vergangenen Jahr um zehn Prozent gestiegen – inzwischen steigt alle drei Minuten irgendwo ein Dieb ein. Auffällig dabei: Bundesländer, wie etwa Bayern, die in den vergangenen Jahren ihr Personal aufgestockt und die Entwicklung moderner Ermittlungsmethoden vorangetrieben haben, konnten ihre Fallzahlen entgegen dem Deutschlandtrend senken. In Rheinland-Pfalz dagegen ist die Zahl der Wohnungseinbrüche im Vergleich zum Jahr 2014 um 22,1% gestiegen.[18]

Wir fordern daher als CDU

- Eine Verschärfung des Strafrechts,
- mehr Personal bei Gerichten und Staatsanwaltschaften
- Sowie mehr Personal für die Polizei.

Den **Bereich „Innere Sicherheit" scheinen die Regierungsfraktionen in den Koalitionsverhandlungen jedoch weitgehend ausgespart zu haben**. Hier finden sich in den wesentlichen Bereichen keine Neuerungen oder Verbesserungen. Insbesondere die Beschlüsse in Hinblick auf die **Personalsituation bei der Polizei** sind ernüchternd. Die FDP war in den Wahlkampf noch mit der Forderung nach 1.000 neuen Anwärterstellen gezogen. Keine einzige dieser Stellen haben Sie durchsetzen können. Die nun beschlossenen 500 Neueinstellungen pro Jahr sind bereits Beschlusslage der vergangenen Landesregierung gewesen. Wieder so ein Täuschungsmanöver, Frau Dreyer.

500 Neueinstellungen pro Jahr: Diese Zahl ist zu niedrig, das haben wir immer wieder betont. Denn die Abgänge, insbesondere die Pensionierungen, übertreffen derzeit die Neueinstellungen.

[18] Vgl. PKS, Süddeutsche Zeitung 27.5.2016, BILD vom 29.5.2016

Zum Thema „**Gewalt gegen Polizisten**“ schweigt der Koalitionsvertrag, schweigt auch Frau Dreyer. Und das, obwohl die Zahl der Übergriffe gegen unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten seit Jahren steigt. Entsprechend findet sich auch keine Aussage zur Einführung von "**Bodycams**", obwohl die SPD damit Wahlkampf gemacht hatte. Offensichtlich hat es beim Thema „Bodycams“ doch einige Vorbehalte bei FDP und Grünen gegeben. Die Landesregierung zeigt somit keinen Weg auf, wie sie Gewalt gegen Polizisten in den Griff bekommen will.

Die „Rheinpfalz“ hat in ihrer Ausgabe vom 28. Mai 2016 unter dem Titel „Linke Kriminalität wächst noch stärker“ über die überproportionale Steigerungsrate linker Straftaten in Relation zu rechten Straftaten berichtet.

Warum, Frau Dreyer, klammern Sie das Thema **„Gewalt von links“** völlig aus? Glaubwürdig ist der Rechtsstaat nur, wenn er jegliche Kriminalität – ob nun von Rechts oder von Links – ohne ideologische Scheuklappen entschieden bekämpft.

Nicht zuletzt unsere Polizistinnen und Polizisten müssen vor zunehmender Gewalt geschützt werden. Für einen verletzten Polizisten macht es keinen Unterschied, ob ein Rechts- oder ein Linksextremer ihn angegriffen hat. Deshalb kann die Maxime nur sein, rechte und linke Gewalt gleichermaßen zu bekämpfen.

Und auch das Kapitel „Justiz“ des Koalitionsvertrages ist dünn bis zur Unkenntlichkeit: Konkrete, greifbare Vorschläge fehlen. Dafür, dass die FDP wieder in der Regierung ist und den Justizminister stellt, ist der Justizteil insgesamt sehr anspruchslos, auch programmatisch anspruchslos. Er enthält zwar Dank an die Justiz für überobligatorische Leistungen, Stichwort „Ampelprosa“, enthält aber keinen Hinweis darauf, wie diese Überlast künftig bewältigt werden soll. Dieser Befund ist chronisch:

- Der Landes-Richterbund hat vor wenigen Tagen nochmals darauf hingewiesen, dass nach wie vor mindestens 40 Richter und 20 Staatsanwälte im Land fehlen[19].

[19] Vgl. PM Richterbund vom 25.5.2016

Zusätzliche Richterstellen sind im Koalitionsvertrag aber nicht enthalten. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund eines zusätzlichen Ministeriums bemerkenswert.

- Reine Seitenfüller sind die Absagen an **eine Privatisierung im Strafvollzug oder bei den Gerichtsvollziehern**. Dies ist überhaupt kein aktuelles Thema - weder bei uns noch im Bund. Reines Täuschungsmanöver.

- Peinlich ist schließlich die Ankündigung der „Einrichtung“ einer **Bioethikkommission**. Weshalb denn Einrichtung? Die gibt es doch bereits! Nur hat sich in den vergangenen Jahren kein SPD-Minister mehr um sie gekümmert. Und in der vergangenen Wahlperiode hat sie nicht ein einziges Mal getagt[20].

- Zu den Herausforderungen, die die **Flüchtlingsbewegungen** für die Justiz bedeuten, findet sich im Koalitionsvertrag ebenfalls nichts.

b) INTEGRATION:

Im vergangenen Jahr sind mehr als eine Million Menschen zu uns nach Deutschland gekommen und haben um Zuflucht gebeten. Eine beispiellose Situation.

Viele Anträge sind abgelehnt worden. Diese Menschen müssen wieder **ausreisen**. Das ist keine inhumane Härte, sondern Grundbedingung, dass unsere Bürger das Vertrauen in Recht und Ordnung behalten. Wir können nicht dauerhaft mit der Situation leben, dass jedes Falschparken und jede zu spät eingereichte Steuererklärung drastische Konsequenzen hat, gleichzeitig ein Verstoß gegen die Aufenthaltsbestimmungen kaum Konsequenzen nach sich zieht. Das ist das fatal für das Rechtsverständnis in unserem Land.

[20] Vgl. Kleine Anfrage Dr. Axel Wilke, Drs. 16/6256

Doch dabei bleibt es nicht. Es soll laut Ampel noch weniger konsequent hingeschaut werden:

- Wer länger auf seinen Asylbescheid wartet, soll automatisch einen unbefristeten Aufenthaltstitel erhalten.

- Die übliche Überprüfung, ob der Asylgrund überhaupt noch besteht, soll grundsätzlich abgeschafft werden.

Dadurch würden Tausende unberechtigter Asylsuchende dauerhaft im Land bleiben. Eine solche **inkonsequente Rechtsauffassung** wird unser Land auseinandertreiben, statt es zu einen. Sie riskieren mit dieser falsch verstandenen Toleranz im Asylrecht den sozialen Frieden.

Frau Dreyer, wie hält es denn nun Ihre Ampel mit der Ausweitung der sicheren Herkunftsländer - Marokko, Algerien, Tunesien. Maximale Transparenz bedeutet, Haltung deutlich zu machen. Wir können hier keine erkennen, wie Sie unser Land im Bundesrat vertreten werden.

Wir müssen klar bleiben: Wer keinen Asylgrund hat, der muss gehen. Wer anerkannt wurde, dem müssen einen Weg in unsere Gesellschaft weisen.

Integration - das ist ein Recht, aber auch eine Pflicht – für den Staat wie für den Migranten.

Deshalb hat die Medaille Integration nach unserem Verständnis zwei Seiten: Fordern und Fördern.

Wer einseitig nur auf eine Seite der Medaille setzt, wird scheitern. Das gilt sowohl für linke Sozialromantiker, wie für rechte Populisten.

Ja, wir brauchen in großer Kraftanstrengung mehr Integrationsangebote und niederschwellige Erwerbsmöglichkeiten.

Aber das heißt auch, dass wir erwarten können, dass diese Angebote mit großem Engagement wahrgenommen werden. Damit nehmen wir den Einzelnen in seiner Motivation ernst. **Wir überlassen Integration nicht dem Zufall.**

Denn Integration dauert, da hilft kein Handauflegen. Sie dauert und sie kostet Geld. Ja, es gibt den syrischen Arzt, den Ingenieur. Aber nicht nur. Es gibt auch diejenigen, die mit Demokratie, Freiheit, unserem Rechts- und Wertesystem, unserem Verständnis der Rolle von Frauen erst mal klar kommen müssen.

Und es ist mir ein persönliches Anliegen zu betonen, dass in der großen Zukunftsaufgabe der Integration der Flüchtlinge

- **der Frauenfrage,**
- **der Gleichberechtigung,**

eine ganz wichtige Bedeutung zukommt.

WIR KÖNNEN ES NICHT EINFACH ABTUN, WENN VÄTER IHRE TÖCHTER NICHT ZUM SCHWIMMUNTERRICHT SCHICKEN UND VON DER KLASSENFAHRT FERNHALTEN. Bei uns wachsen Mädchen, junge Frauen, mit einem völlig anderen Selbstverständnis und Selbstbewusstsein heran. Bei uns wird **Frauen ihre Rolle nicht mehr von Männern vorgeschrieben. Frauen bewegen Gesellschaft und Frauen bewegen Politik.**

Zu uns kommen Menschen mit unterschiedlichem Glauben, auch ohne Religion. Da machen wir keinen Unterschied. Wichtig ist uns, dass sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Wir erwarten von denen, die zu uns kommen, Rechtstreue - wie von allen Menschen, die in Deutschland leben. Und es gibt keine Rechtfertigung dafür, religiöse Konflikte auf deutschem Boden auszutragen, unsere Lebensweise per se abzulehnen oder sich in Parallelgesellschaften einzurichten. Wir wollen echte und ehrliche Integration. **Dazu müssen sich beide verpflichten - auch der Staat.**

Und deshalb begrüße ich, dass der von unserer CDU-Landtagsfraktion entwickelte Ansatz der **Integrationspflicht** Eingang in den Entwurf des Integrationsgesetzes des Bundes gefunden hat.

Und da dieses Gesetz kürzlich auch von Vertretern der rheinland-pfälzischen SPD gelobt wurde, will ich nur noch einmal daran erinnern, dass Sie, Frau Ministerpräsidentin Dreyer, noch Ende Dezember die Auffassung vertraten: Wir brauchen kein zusätzliches Gesetz[21].

Findet sich deshalb hierzu in Ihrem Koalitionsvertrag so wenig.

Stattdessen ignorieren Sie grundsätzliche Fragestellungen der Integration. Die **Wohnsitzauflage** ist da nur ein Beispiel.

Wir wissen, dass Asylsuchende und Flüchtlinge die Nähe zu Ballungszentren suchen. Das hat nachvollziehbare Gründe, doch steht es einer gelingenden Integration entgegen. Das fördert die Ghettobildung und unterläuft Integrationsanstrengungen. Wir müssen hier aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, sie nicht wiederholen.

Die **Träger der Integrationsarbeit und die Kommunen brauchen Planungssicherheit**, wenn sie Sprachkurse und Weiterbildungsangebote konzipieren und um Integrationspartner in Wirtschaft und Gesellschaft werben.

In Ihrem Koalitionsvertrag steht zu diesem wichtigen Punkt leider gar nichts. Ein Blick nach Hessen:

- Im Haushaltsjahr 2016 hat Hessen rund 800 neue Lehrerstellen für die Beschulung von Zuwanderern und Flüchtlingen geschaffen – Investitionsvolumen: ca. 40. Mio. Euro (Aktionsplan Integration)
- Rund 1.900 Lehrerstellen in der Sprachförderung
- Rund 1.200 Intensivklassen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

Oder Bayern:

- Für Unterricht von Kindern und Jugendlichen mit Fluchthintergrund wendet Bayern allein für das Jahr 2016 zusätzlich 160,7 Millionen Euro auf.
- Verbunden mit 1079 neuen Planstellen sowie mehreren hundert Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrkräfte ermöglicht dies eine massive Ausweitung des Unterrichtsangebotes.

[21] SWR 29.12.2015

c) BILDUNG:

„Der Einzigartigkeit eines jeden Kindes wird nur ein mehrgliedriges und zugleich durchlässiges Schulsystem gerecht.“
Das ist eine richtige Aussage. Ihr kann man nur zustimmen. Sie findet sich im Wahlprogramm der FDP.

Auch hier ticken nach der Wahl die Uhren anders.

Denn im Koalitionsvertrag bekennen Sie sich nicht zur Schulvielfalt, nicht zur begabungsgerechten Bildung. Sie fordern nun das Gegenteil, den Ausbau der Einheitsschule.

Sie haben den Weg frei gemacht für ein „Weiter so“ in der so genannten Inklusion, wie sie Rot-Grün in der vergangenen Legislaturperiode gegen massive Einwände der Lehrerverbände und Betroffenen durchgeboxt hat. Das heißt im Umkehrschluss, dass von Ihren Bekenntnissen zur Förderschule auch nicht mehr viel übrig bleibt. Von mehr Lehrpersonal.

Wo sind die notwendigen Schulsozialarbeiter, die Umwandlung der befristeten Lehrerstellen in ordentliche Arbeitsverhältnisse?

Rot-Grün wird fortgesetzt.

Sie lassen die **Realschulen plus** hängen, die aktuell die Hauptlast stemmen

- der Inklusion,
- der Flüchtlingsintegration,
- der Förderung leistungsschwacher Schüler.

Und das alles ohne halbwegs angemessen ausgestattet zu werden.

Aber Ihr Koalitionsvertrag verliert kein Wort zur Problematik

der Klassen- und Kursbildung,
der Sprachförderung,
der Lehrerstundenzuweisung,
zur Mindestzügigkeit
oder zur Fachoberschule.

Noch offensichtlicher kann man eine Schulart kaum am langen Arm verhungern lassen. Dass man in einem solch dezidiert rot-grünen Koalitionsvertrag dann kein gesondertes Kapitel zum **Gymnasium** mehr findet, verwundert dann auch nicht mehr.

Die SPD hat im Wahlkampf für eine **Betreuungsgarantie** für Schulkinder in den Ferienzeiten geworben. Auch hier muss man feststellen: Nach der Wahl ticken die Uhren offensichtlich anders.

Denn auch dieses Versprechen findet sich im Koalitionsvertrag nichts Konkretes. Es wird nun nur noch als mittel- bis langfristiges Ziel formuliert. Das ist Täuschung der-Wähler, die Ihrem Versprechen, Frau Dreyer, geglaubt haben.

Überhaupt der Koalitionsvertrag und **Familien**: Da heißt es: *„Wir stehen zu einem modernen und weitreichenden Familienbegriff, der auf dem Wesen der verantwortungsgemeinschaft aufbaut, unabhängig von Lebenslagen, Lebensformen, Alter, Geschlecht, Behinderungen, ethnischer Herkunft, Religion oder sexueller Identitäten.“*

Sie stehen zu einem Begriff, wir stehen zu Menschen.

Neben der sinnfreien Aufzählung von Substantiven (z.B. Behinderung, Alter oder ethnische Herkunft - wer hat denn je behauptet, dass sie Familie ausschließen?) fällt auf, dass weder der Begriff Eltern noch der Begriff Kinder auftaucht. Die Familie wird auf eine reine Verantwortungsgemeinschaft zwischen Menschen reduziert, die sonst keine weitergehende Beziehung zueinander haben müssen. **In diesem Sinne sind auch Kita-Gruppen oder der lokale SPD-Ortsverein eine Familie.**

Familie hat heute viele Gesichter, die Mehrgenerationenhaushalte, Alleinerziehende, Großfamilien oder die Ein-Kind-Familie, Patchworkfamilien, die vielen Opas und Omas, die mithelfen. Gute Bedingungen für Familien sind gute Bedingungen für uns alle.

Aber es gibt eben nicht nur **Mia, Emma, Ben, Faris, Luan** - wie sie gestern, Frau Dreyer, Kindernamen aufzählten.

Es gibt in unserem Land auch **Karl, Katharina, Gertrud und Fritz** - die älteren Menschen, die gerne etwas Konkretes zu ihrer Versorgung, zu ihrer Zukunft gehört hätten. Wie wollen Sie dem Pflegenotstand begegnen, dem Wegbrechen der Infrastruktur in ländlichen Regionen? Schön, wenn die Busse WLAN haben sollen, es wäre gut, wenn in vielen Regionen überhaupt noch ein Bus fahren würde.

d) **HAUSHALT UND KOMMUNEN: Aus „Der macht den Haushalt" wurde „Der macht die Augen zu"**

Herr Minister Wissing, Sie sind mit einem kühnen Versprechen in den Wahlkampf gezogen: „*Der macht den Haushalt*". Sie sind bei den Verhandlungen aber mehr als schnell eingeknickt, haben **auf das Finanz- und Haushaltsministerium sang- und klanglos verzichtet**. Und damit auch darauf neue finanzpolitische Akzente setzen zu können.

Noch nicht einmal haben Sie versucht, einen FDP-Staatssekretär im Finanzministerium zu installieren, wie das zum Beispiel in Berlin nicht unüblich ist - ein gemischt farbenes Ministerium. Schnelligkeit bei Koalitionsverhandlungen garantiert eben nicht immer die besten Verhandlungsergebnisse.

Mehr noch: **Die Haushalts- und Finanzpolitik der bisherigen SPD-geführten Landesregierungen wird nicht mit einem Halbsatz korrigiert.**

Wo sind Ihre handfesten **Sparanstrengungen**? Der Bund der Steuerzahler sagt, im Haushaltsteil sei der Koalitionsvertrag *„nicht ambitioniert"*. Trotz Rekordsteuereinnahmen und niedriger Zinsen *„mache das Land fleißig weiter Schulden"*[22].

Herr Wissing,
wäre es nicht sinnvoll gewesen, gleich nach der Landtagswahl auf einen **Kassensturz** zu drängen? Um sich wirklich einen Überblick zu verschaffen? Oder wollen Sie gar nicht wissen, wie viel Geld und Verbindlichkeiten wirklich in welchen Kassen des Haushalts und der Nebenhaushalte stecken und wie hoch der Schuldenstand wirklich ist?

[22] Allgemeine Zeitung 23.5.2016

Aus „Der macht den Haushalt“ wurde „Der macht die Augen zu“.

Die Ampel will auch den **Pensionsfonds** in seiner jetzigen Form erhalten und zur Haushaltsfinanzierung einsetzen. Dabei war es doch gerade auch die FDP, die dies noch mit scharfen Worten vor einem Jahr kritisierte: „*Wo Pensionsfonds drauf steht, sind Schulden drin – Die Landesregierung hat sich nicht ehrlich gemacht, sondern lediglich angekündigt, künftig weniger zu betrügen“,* urteilte damals FDP-Landeschef Wissing[23].

Herr Minister Wissing, damals war es Betrug. Und heute? Kreative Finanzierung?

Der Koalitionsvertrag kündigt Vieles an, ohne dafür genaue Kosten zu beziffern.

Die greifbaren Angaben zu **Mehr- oder Minderausgaben** sind - gemessen am Umfang des Koalitionsvertrages - äußerst spärlich. Realisierbarkeit und Realisierung bleiben also bei vielen Projekten offen. Ein Unternehmen würde für einen solchen Businessplan keinen Euro Kredit bekommen.

Werden wir mit einem **Nachtragshaushalt für 2016** rechnen müssen, Frau Dreyer? Wir erwarten hier maximale Transparenz.

Anrede,

zur Frage der Finanzen gehört auch die **finanzielle Situation der Kommunen**.

Der Blick in den Koalitionsvertrag: ernüchternd.

[23] Pressemitteilung vom 12.3.2015

Dazu der **Landkreistag** Rheinland-Pfalz:

„In Bezug auf die – auch im Ländervergleich – extrem schlechte Finanzsituation der rheinland-pfälzischen Kommunen (...) gibt es (...) in Rheinland-Pfalz weniger ein Erkenntnisproblem, als ein beachtliches Handlungsdefizit auf Landesseite.“[24]

Anrede,

die Lage unserer Städte und Gemeinden, erregt bundesweit Aufsehen – aber nicht im Positiven: „*Pirmasens, abgehängt*“ titelte jüngst die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung zur Lage der höchstverschuldeten Stadt in Deutschland.

Ja, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Pirmasens – und nicht Duisburg oder Recklinghausen, nicht Bremerhaven oder Bochum. Von den 20 am höchsten verschuldeten Städten in Deutschland kommen sieben aus Rheinland-Pfalz. **Die Gesamtverschuldung der rheinland-pfälzischen Kommunen summiert sich auf weit über 12 Milliarden Euro.** Das sind 3.000 Euro je Einwohner, und das bedeutet 83 Prozent (!) mehr als der Durchschnitt der westlichen Flächenländer. Der zweitschlechteste Wert bundesweit überhaupt nach dem Saarland.

Mit Bundespolitik, wie Sie das gerne machen, Frau Dreyer, kann man das wohl nicht mehr erklären. Denn die Bundesgesetze gelten für alle Bundesländer, nicht nur für Rheinland-Pfalz besonders hart.

Der Koalitionsvertrag setzt **die rot-grüne Legendenbildung** fort, wonach das Land fürsorglich für seine Kommunen sorgt. Es wird behauptet, dass man „*partnerschaftlich*“ zusammenarbeite. Und dass das Konnexitätsprinzip für die Landesregierung „*eine Selbstverständlichkeit“* sei[25].

Tatsache ist: Das Bündnis von SPD, FDP und Grünen setzt die **kommunalfeindliche** Politik der vergangenen Jahre fort!

[24] Situationsbeschreibung des Landkreistages zur aktuellen Lage der Kommunen an den Landtag und die Landesregierung im März dieses Jahres
[25] Koalitionsvertrag, S. 95f.

Es ist nötig, endlich den **Kommunalen Finanzausgleich** massiv aufzustocken. Im Koalitionsvertrag ist dagegen nur die Rede davon, die jetzt vorhandenen Finanzen zu Gunsten besonders belasteter Kommunen anzupassen.

Ampelprosa.

Tatsächlich heißt das, dass hochverschuldete Kommunen den noch höher verschuldeten Kommunen etwas abgeben sollen.

Das sagt der **Kommunalbericht** 2015 des Landesrechnungshofs: *„Mit dem kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz wurde nicht nur der Abbau von Altschulden, sondern auch das Ziel einer Nettotilgung der Liquiditätskredite verfolgt. Bislang wurde dieses Ziel verfehlt.“*

e) WIRTSCHAFT (MITTELSTAND/INDUSTRIE)/ENERGIE:

Anrede,
Die Wirtschaft und die Arbeitsplätze stehen vor einem erheblichen Strukturwandel: Globalisierung, Digitalisierung, Spezialisierung.

Der Koalitionsvertrag ist hier sehr enttäuschend. Wo bleibt der große Wurf, die Impulse, die Vorstellung von einem modernen, leistungsfähigen Rheinland-Pfalz der Zukunft?

Stattdessen: *„Gerade im Mittelstand ist die Nähe von Unternehmerinnen und Unternehmern zu ihrem Unternehmen in besonderem Maße gegeben.“*[26]

Ampelprosa.

[26] Koalitionsvertrag, S. 26

Wichtige **Kernkompetenzen, die die Wirtschaft betreffen, hat die FDP überdies abgegeben:**

- Die **Digitalisierung** wandert in die Staatskanzlei – obwohl die SPD das Ziel „landesweit schnelles Internet“ schon 25 Jahre verschlafen und auch in der vergangenen Wahlperiode aufgegeben hat. Die Zukunft der Arbeit wird zentral von der Digitalisierung geprägt sein. **Und deshalb gehört das Themenfeld in das Wirtschaftsministerium**! Zudem es auch um Infrastruktur geht.
- Die **Bekämpfung des Fachkräftemangels** wird im Koalitionsvertrag genannt; aber auch hier liegt die vorrangige Zuständigkeit nicht im Wirtschaftsministerium. Damit hat das Wirtschaftsministerium nach wie vor bei einem wichtigen Thema keine federführende Rolle – wenn nicht sogar bei dem wichtigsten wirtschaftspolitischen Thema der nächsten Jahrzehnte.
- Die Zuständigkeit für **Energiefragen** wandert ins Umweltministerium. Und damit liegt der Fokus nicht auf einem für den Industriestandort so wichtigen Aspekt der Bezahlbarkeit von Energie. Der Fokus wird ein grüner sein, der mit einer Verteuerung einhergeht.
- Beim Thema **Forschung** gibt es eine geteilte Zuständigkeit zwischen dem Wirtschafts- und dem Wissenschaftsministerium.

Fazit: Rot-Grün wird künftig in wichtigen Wirtschaftsfragen am Wirtschaftsministerium vorbei rot-grüne Wirtschaftspolitik betreiben.

Kernthemen der FDP bleiben im Koalitionsvertrag unkonkret oder finden gar nicht mehr statt:

- Was passiert mit dem **Landestariftreuegesetz**? Der Koalitionsvertrag schweigt dazu.
- Was passiert mit dem **Transparenzgesetz**? Die FDP hatte vor der Wahl seine Abschaffung gefordert. Im Koalitionsvertrag findet sich das nicht wieder.
- Vergeblich sucht man auch ein **Bekenntnis zur Technologieoffenheit, Stichwort Grüne Gentechnik, Nanotechnologie oder Fracking**.

Anrede,

vergeblich sucht man im Koalitionsvertrag nach konkreten Maßnahmen, um die **rheinland-pfälzische Industrie zu stärken**. Hier heißt es lediglich: Der **Industriedialog** soll „*fortentwickelt*“ werden[27]. Unbestritten: Dialog ist wichtig. Dialog ersetzt aber keine Politik.

Besser wäre: Eine **zentrale Stelle für den gesamten Bereich Innovationsförderung im Wirtschaftsministerium einzurichten. Auch um Doppelstrukturen zu vermeiden.**

Wie positionieren Sie sich zum Thema Lang-LKW - eine Innovation - auch mit Blick auf die Digitalisierung - aus dem **Daimlerwerk in Wörth**. Sie brauchen Teststrecken in Rheinland-Pfalz, was ihnen bisher im eigenen Bundesland verweigert wird, nicht hingegen im benachbarten Baden-Württemberg. **Ist das für Sie nachhaltige Standortpolitik?**

Soll eigentlich die Auflösung der **Innovationsstiftung** wieder rückgängig gemacht werden? Das hatte die FDP doch angekündigt.

Anrede,
Die **Umsetzung der Energiewende** bleibt weiterhin in der Hand der Grünen.
Das verwundert, hatte die FDP doch hier zentrale Wahlversprechen gemacht.

So hieß es beispielsweise noch Ende vergangenen Jahres in einer Pressemeldung der FDP:
" ‚Eine echte Wirtschaftspolitik war und ist in Rheinland-Pfalz nicht erkennbar, hier werden Zukunftschancen verschenkt‘, so Wissing. Die windkraftzentrierte Wirtschaftspolitik sei kein Zukunftskonzept, sondern eine Ideologie.[28]. ‘ “

Und jetzt?

Der Windkraftausbau geht weiter. Die grüne, ideologisch getragene Energiepolitik kann ungebremst fortgesetzt werden. Wir hingegen fordern einen **Stopp des unkoordinierten Ausbaus.**

[27] Koalitionsvertrag, S. 27
[28] PM vom 17.12.2015

Das Landesbündnis „Energiewende für Mensch und Natur e.V.“ – in ihm sind 55 Bürgerinitiativen und mehr als 10.000 Mitglieder zusammengeschlossen – fasst zusammen: Die für den Koalitionsvertrag ausgehandelten Positionen seien „*buchstäblich vom Winde verdreht*.“[29]

Und die **Energieagentur.** Sie bleibt bestehen:

„"Kein Mensch braucht eine staatliche Stelle, die ihn daran erinnert, sparsam mit Energie umzugehen".[30] *"(...)* ***wir brauchen auch keine Energieagentur, bei der 60 Prozent der Anrufer, die sich dort melden, fragen, ob man dort noch einen Job haben kann.“***[31]

f) LANDWIRTSCHAFT:

Anrede,
die Landwirtschaft steckt in einer Umbruchphase. Seit Jahrzehnten erleben wir ein dramatisches Höfesterben. Der **Milchpreis** ist ruinös, die Fassweinpreise sind besorgniserregend. Der Konsum von deutschem Wein geht immer weiter zurück. Die gesunden Lebensmittel unserer Landwirte werden zu Schleuderpreisen verkauft. Das Ergebnis: Immer mehr Vollerwerbslandwirte geben auf.

Wir Christdemokraten sind aber der festen Überzeugung:

- Wir brauchen die Bauern auch als moderne Kleinunternehmen
- Unsere Landwirtschaft ist wichtig für die Identität des ganzen Landes, nicht nur für den ländlichen Raum. Sie prägt ihn.
- Landwirtschaft ist mehr als die Produktion von Lebensmitteln, der Anbau von Gerste, Mais und Weizen.

Wird der Koalitionsvertrag den anstehenden Herausforderungen gerecht? Nein!

[29] Pressemeldung vom 8.5.2016
[30] PM FDP vom 27.7.2015
[31] RZ vom 4.3.2016

Die Landwirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz wird in zwei Ministerien aufgeteilt. Das Wirtschaftsministerium verantwortet die konventionelle Landwirtschaft, das Umweltministerium den Ökobereich.

Eine Spaltung eines ganzen Berufsstandes in „gut" und „böse".

Das fördert Doppelstrukturen,
erschwert Kommunikationswege
und **schränkt** die **Handlungsfähigkeit** der Ministerien **ein**.

Sie **bewirken eine Spaltung** in eine 1. und 2. Klasse.
Auch für die Landwirte selbst bedeuten zwei Ministerien mehr Bürokratie. **Unklare Strukturen provozieren Konflikte** und **verlangsamen Entscheidungswege**[32]. Synergieeffekte gehen verloren, Aufgaben können nicht gebündelt werden.

Das sehen im Übrigen auch die Verbände so:
Ich zitiere den BUND: *„Das ist ein bürokratisches Monstrum, das da geschaffen wird (…). Dies könne fachlich nicht nachvollzogen werden und werde zum Aufbau von Doppelstrukturen führen."*[33]

Und der Bauern- und Winzerverband (BWV) sagt: *„Es muss die Notbremse gezogen werden um ein Desaster für die Agrarpolitik und damit auch für die Betriebe im Land zu verhindern."*[34]

In der Praxis bedeuten diese unklaren Strukturen, dass zum Teil zwei Ministerien für einen Betrieb zuständig sind. Mein **Kollege Johannes Zehfuß** beispielweise produziert konventionell und ökologisch. Der Berufsstand ist also schon viel weiter als die Koalitionäre. Und das ist auch der Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Wir brauchen aber nicht mehr Theorie in der Praxis, sondern mehr Praxis in der Theorie! Bauern und Winzer sind längst weiter, als es diese Dreyer-Ampel ist.

[32] Erklärung: Auf Länderebene werden hauptsächlich europapolitische Vorgaben umgesetzt. Beide Seiten sind auf einen reibungslosen Ablauf auf ministerialer Ebene und im nachgeordneten Bereich angewiesen, wenn es beispielsweise um Zahlungen der 1. und 2. Säule der GAP geht. Hier müssen künftig die Kompetenzen bei der Vergabe von Geldern geteilt werden. Konflikte sind vorprogrammiert.
[33] Sabine Yacoub , BUND-Landesgeschäftsführerin, PM, 27.4.16
[34] Eberhard Hartelt, Präsident des BWV, AZ, 26.4.16

g) VERKEHR/INFRASTRUKTUR:

Zunächst fällt auf: **„*Erhalt vor Neubau*“** – dieses rot-grüne Bekenntnis bei den **Landesstraßen** wird fortgeschrieben[35]. Doch schon den Erhalt der Landstraßen hat Rot-Grün in der vergangenen Wahlperiode nicht geschafft! Stattdessen galt: Verfall vor Erhalt!

Diesen Rückstand muss die Ampel nun erst einmal aufholen, wenn sie das Versprechen „Erhalt vor Neubau“ mit Leben füllen will.

Insgesamt sollen innerhalb der Legislaturperiode für den Landesstraßenbau 600 Mio. Euro zur Verfügung stehen.
600 Millionen Euro …
Eine große Zahl, die sich zunächst einmal gut anhört.

Aber was bedeutet diese Zahl wirklich?
600 Millionen Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren – das sind pro Jahr lediglich 120 Millionen Euro, die insgesamt für den Landesstraßenbau investiert werden sollen. Das sind im Jahr gerade einmal 20 Millionen Euro mehr, als derzeit aufgewendet werden. Darin enthalten ist auch ein verstärkter Radwegebau entlang der Landesstraßen, ebenso eine Steigerung der Mittel für die Planungskapazitäten des LBM. Alleine die externen, nach außen zu vergebenden Planungskosten sind mit 5 Mio. Euro angegeben. Die internen, also vom LBM selbst erbrachten Planungsleitungen sind im Haushalt nicht beziffert.

Auch hier wollten Sie einen anderen Eindruck erwecken, so als ob es einen massiven Aufwuchs für den Straßenbau gäbe. Schaut man genauer hin, fällt das ganze zusammen wie ein Plunderteilchen, dem die Luft entwichen ist.

Gleichzeitig schiebt das Land einen Investitionsstau von 1 Milliarde Euro vor sich her. Deshalb dürften die 120 Mio. Euro pro Jahr bei Weitem nicht ausreichen.

[35] Koalitionsvertrag, S. 48.

Der Koalitionsvertrag ist bemerkenswert unkonkret, wenn es um wichtige Infrastrukturprojekte geht. Nur Zufall?

Vergeblich sucht man beispielsweise ein klares, belastbares Bekenntnis zur **Mittelrheinbrücke**: Hier will die Koalition, ich zitiere: die „*Planung (…) wieder aufnehmen*“[36]. Diese offene Formulierung klingt völlig anders, als das, was die FDP vor der Wahl geäußert hat:

So hieß es damals in einer Pressemeldung:
„*‚Wäre die Mittelrheinbrücke der SPD wichtig, wären wir viel weiter. Die Koalition mit den Grünen war der SPD stets wichtiger als die Brücke‘, sagte der Vorsitzende der FDP Rheinland-Pfalz, Dr. Volker Wissing.*“[37]

Und weiter:
" ‚Die Mittelrheinbrücke und damit die Bürgerinnen und Bürger der Mittelrhein-Region waren für die SPD nie mehr als Verhandlungsmasse in einem Machtpoker‘ ", sagte der FDP-Politiker.“[38]

„Ich halte eine Brücke für zwingend notwendig“/“Das Herz der Region schlägt für die Mittelrheinbrücke – die Vehemenz, mit der Innenminister Lewentz einst warb – ist verpufft. [39]

Vor der Wahl hieß es: Wir bauen.
Nach der Wahl: Wir schauen.
Wir leiten ein sich jahrelang hinziehendes Planungsverfahren ein – mit offenem Ausgang. Realisierung: fraglich[40].

[36] Koalitionsvertrag, S. 49.
[37] PM FDP vom 28.7.2014
[38] PM FDP vom 28.7.2014
[39] Rheinzeitung, 12.02.2014/ 27.08.2014
[40] **Zur Erklärung:**
Schritt 1: Planerstellung durch den Vorhabenträger
Die Erstellung des Plans selbst wird ausreichend Zeit erfordern. Die zu lösenden technischen und rechtlichen Fragen sind im engen Mittelrheintal mit dichter Bebauung und den bestehenden Verkehrsanlagen sehr komplex. Zudem wird der Plan auch zumindest informell einen konkreten auch ästhetischen Gestaltungsentwurf für die eigentliche Brücke enthalten müssen. Der konkrete Plan müsste von vornherein daraufhin geprüft werden, ob er die Zustimmung der Welterbeinstitutionen der Unesco finden kann. Wir können uns vorstellen, dass erst dann der Schritt

Ein weiteres Beispiel:
Für eine Brücke Bingen-Rüdesheim sollte laut Koalitionsvertrag zunächst *„eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben [werden], falls die betroffenen Landkreise dieses Vorhaben unterstützen und sich finanziell beteiligen.“*[41]

Formulierungen mit offener Hintertür. Und diesen Notausgang haben Sie schon genommen, nur wenige Tage nach Vereidigung der neuen Regierung:

Gerade mal eine Woche, nachdem der Koalitionsvertrag unterschrieben wurde,
ist bereits das erste Ampel-Infrastrukturprojekt geplatzt.

Die Mehrheit im Kreistag Mainz-Bingen aus SPD, GRÜNEN und FWG hat es abgelehnt, sich an der Machbarkeitsstudie finanziell zu beteiligen. Es wird damit keine Brücke zwischen Bingen und Rüdesheim geben.

Offensichtlich haben es SPD und Grüne nicht für nötig gehalten, vor Ort für den Koalitionsvertrag zu werben – oder ihnen ist schlicht egal, was drin steht. Solidarität mit dem Koalitionspartner FDP sieht anders aus. **Und der neue Verkehrsminister scheint eines der zentralen FDP-Themen kampflos aufzugeben, anders ist dessen wachsweiche Stellungnahme zum Kreistagsbeschluss nicht zu erklären.**

---

2 erfolgen sollte und wird. Alles dies kann zu Veränderungen im Plan führen, die das Verfahren erheblich verlängern können.
Schritt 2: Einreichen des Planes bei der zuständigen Anhörungsbehörde
Schritt 3: Öffentliche Auslegung
Schritt 4: Anhörungsverfahren
Schritt 5: Erörterung
Bei den Schritten 3, 4 und 5 ist mit zahlreichen und vermutlich auch widersprüchlichen Eingaben von Bürgern und Behörden zu rechnen. Sie werden vermutlich am Ende rechtlich und technisch lösbar, aber auch eine geraume Zeit erfordern. Die daraus folgenden Lösungen werden das Projekt vermutlich in einem nicht unbeachtlichen Maß verteuern.
Schritt 6: Weiterleitung der Anhörungsergebnisse
Schritt 7: Planfeststellungsbeschluss

[41] Koalitionsvertrag, S. 48

Zwar war damit zu rechnen, dass sich viele Vereinbarungen im Koalitionstag als reine Absichtserklärungen herausstellen. Dass dies aber so schnell passiert, lässt tief blicken: **Offenbar ging es der Koalition nur darum, eine Sprachregelung zu finden**, mit der die Brücke verhindert werden kann, ohne dass die FDP ihr Gesicht verliert. SPD, FDP und GRÜNE können jetzt übers Land ziehen und sagen, sie hätten die Brücke ja gebaut. Aber natürlich nicht gegen den Willen der Kommune. Dabei wird diese Kommune von fast den gleichen Parteien geführt, wie das Land.

Die Landesregierung stellt Vieles in Aussicht, dessen Umsetzung in den Sternen steht.

Anrede,
Offene Fragen ergeben sich auch bei der **Busförderung**: Hier will das Land wieder einsteigen. Schön. Voraussetzung der Förderung bei der Busbeschaffung soll allerdings „*eine, an neue Technologien und Klimaschutzbelangen gekoppelte Antriebstechnik*“[42] sein. Was genau ist mit einem klimafreundlichen Antrieb gemeint? Busse mit Elektromotor und Brennstoffzelle oder auch neue Dieselbusse?

Gestatten Sie mir, hier mal kurz ins **Detail, ins Kleingedruckte**, zu gehen.
Je nach Ausführung (Elektro oder Brennstoffzelle) liegen die Kosten für einen Solobus bei etwa 550.000 bis 650.000 Euro. Demgegenüber kostet ein Solobus mit Dieselmotor rund 230.000 Euro. Bei den Gelenkbussen liegen die Preise bei rund 350.000 Euro (Diesel) zu 650.000 bis 900.000 Euro (Elektro/Brennstoffzelle). Wenn man in der Busförderung Anreize setzen wollte, auf den Kauf von Dieselbussen zu verzichten, müsste die Förderung bei über 300.000 Euro je Bus liegen, um einen wirklichen Anreiz zusetzen, auf alternative Techniken zu setzen. Insgesamt scheint uns dieses Kapitel nicht ganz ausgereift zu sein.

Ich komme zum nächsten Punkt:
Die **Projekte, die im Bundesverkehrswegeplan eingestellt und als vordringlich eingestuft sind**, sollen umgesetzt werden. Wir begrüßen das. Aber erinnern wir uns:
In den Bundesverkehrswegeplan sind sogar Projekte für Rheinland-Pfalz aufgenommen worden, die Sie Frau Dreyer gar nicht anmelden wollten und nicht angemeldet haben!

[42] Koalitionsvertrag, S. 51

Bei der Infrastruktur erwarten uns sicherlich noch spannende Diskussionen. Als etwa die im Bündnis „Nix in den (Mainzer) Sand setzen“[43] vertretenen Naturschutzverbände ankündigten, „*weiterhin alles zu tun, den Mainzer Sand zu retten, einschließlich einer eventuellen Klage*“[44] , da äußerte **Herr Köbler**: „*Richtig so*“[45]. Was gilt denn jetzt? Wird nun so gebaut, wie SPD und FDP es vor der Wahl angekündigt haben und es vom Bundesverkehrsminister angewiesen worden ist - also sechsspurig über den Rhein - oder doch nicht? Kein Machtwort, **keine Klarstellung von Ihnen Frau Dreyer.**

Und was ist von einem Infrastrukturministerium zu halten, das noch nicht einmal für den Flughafen des Landes, **für den Hahn**, zuständig ist?

War das Vertrauen der SPD in den neuen Koalitionspartner doch nicht so groß, oder hat Herr Wissing es sich selbst nicht zugetraut? Wir gehen aber davon aus, dass er sich auch hier in seiner Funktion als stellvertretender Ministerpräsident bereits einen Überblick verschafft hat.

Nach wie vor soll es Herr Lewentz richten, der beim Nürburgring wie beim Hahn genauso wenig erfolgreich war wie seine Chefin. Viele Worte, Versprechen, am Ende hat nichts gehalten, sondern Millionen Steuergelder müssen es richten.

Zum dem angestrebten Verkauf können wir noch nichts sagen. Weder die Ministerpräsidentin noch der zuständige Minister haben es bisher für nötig gehalten, in dieser Sache ein Gespräch mit uns zu führen, als Teil des Haushaltsgesetzgebers erfahren wir davon aus der Presse.

Sie haben gestern von maximaler Transparenz und Beteiligung der Opposition gesprochen, Frau Dreyer.
Wie sieht die denn aus?

[43] Es kämpft gegen den Ausbau der A 643 auf sechs Spuren plus zwei Standstreifen auf rheinland-pfälzischer Seite
[44] Vgl. Allgemeine Zeitung online 20.5.2016
[45] Via Twitter 20.5.2016

Zum bedeutendsten Konversionsprojekt des Landes erfahren wir gestern nur Belangloses. Währenddessen meldete der SWR gestern bereits Fakten. Stimmt das, Frau Dreyer, dass noch einmal rund **50 Millionen Euro Steuergelder** reinfließen sollen?

Sie täuschen die Öffentlichkeit, wenn Sie bei einem solchen zusätzlichen Zuschuss von Verkauf sprechen. **Das klingt nach einem echten Deubel.**

Sie erwähnten ein **Hahnveräußerungsgesetz**, aber gesagt haben Sie dazu nichts. Das Parlament mal wieder ein Feigenblatt, wie beim **Nürburgringgesetz**?

Unsere **Fragen**, Frau Dreyer, möchte ich Ihnen im Namen der Steuerzahler heute hier mitgeben. Weil Sie bisher auf ein Gespräch in dieser Sache mit uns verzichtet haben:

- Zum Verkaufspreis – Das Land hat immerhin auf Ihren Wunsch hin, Frau Dreyer, 121,9 Mio € Darlehen an den Flughafen in Eigenkapital verwandelt. Was bleibt davon für das Land übrig?
- Wie verhält es sich mit den Gewerbegrundstücken?
- Wie ist das Geschäftsmodell, und welche Auswirkungen hat es auf Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Steuerkraft des Landes?
- Welche Verpflichtungen ist das Land eingegangen?
- Welche Alternativen von welchen anderen Bietern gibt es?
- Wie hat das Land gegenüber früheren Anläufen seine Maßstäbe und seine Vorstellungen verändert?

Wir werden den Verkaufsprozess kritisch begleiten. Es geht aber um Landesvermögen, und wir haben hier eine Kontrollfunktion, die wir sehr ernst nehmen. Seit zehn Jahren tappt der Landtag im Dunkeln, weil die Regierung ihn nicht oder nur nicht öffentlich informiert. Wenn Ihr Angebot zur maximalen Transparenz gestern ernst gemeint war, Frau Dreyer, beantworten Sie dem Parlament zügig die eben genannten Fragen.

Ich kündige heute für meine Fraktion an, dass wir eine Sondersitzung mehrerer Ausschüsse hierzu beantragen werden.

III. Schluss: Diskussionen führen, Polarisierungen entschärfen, Probleme beim Namen nennen, Ängste nehmen

Anrede,

Wir stehen in diesem Haus, hier in der Steinhalle, vor einer **Zäsur**. Nicht nur einer räumlichen. Das Plenum bildet eine neue gesellschaftliche Polarisierung ab.

Vorab: Auch die Existenz einer AfD, einer zusätzlichen Opposition, ändert nichts an unserer primären Rolle: Im Parlament wird die Regierung kontrolliert.

Aber ich sage auch: In der Opposition gibt es keine Koalition.
Klar ist: Ob es uns gegenseitig passt, dass die eine oder die andere Fraktion hier in diesem Haus ihren Platz eingenommen hat, das spielt keine Rolle. Es ist Ausdruck einer demokratischen Wahl. Parlamentarische Rechte und Pflichten gelten für alle.

Eine Demokratie lebt von den Differenzen, die nicht glattgebügelt werden sollten, sagte ich zu Beginn meiner Rede.

Und jede demokratische Gesellschaft lebt davon, dass genau hingeschaut wird, dass Bürgerinnen und Bürgern Entwicklungen, Zusammenhänge und politische Entscheidungen erklärt werden.

Dabei sehe ich, gerade vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Veränderungen, eine unserer wichtigsten Aufgaben darin, den **Menschen Sicherheit, Verlässlichkeit** zu geben.

Also weder die Realität schön zu malen und Wirklichkeit zu ignorieren, wie es Rot-Grün-Gelb macht,
noch Ängste und negative Stimmungen anzuheizen, wie es die AfD macht.

Einfachheit zu suggerieren, wo keine ist, das ist nicht gut.

Die AfD hat sich im Wahlkampf unmissverständlich positioniert, und deshalb kann ich heute schon sagen, dass es mit uns Christdemokraten keine Koalition in der Opposition geben kann:

Sie lehnen vieles von dem ab, was Deutschland heute ausmacht.

- Unsere moderne, offene Gesellschaft - zurück ins Gestern.
- Die Einbettung in Europa, den Euro.
- die moderne Rolle von Frauen, ihre Wahlfreiheit. Ich zitiere aus ihrem Programm: *„Die Wirtschaft will Frauen als Arbeitskraft. Ein falsch verstandener Feminismus schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben…“* Ist es so weitab von Ihrer Vorstellungskraft, dass Frauen sich vielleicht gerne in die Wirtschaft einbringen? Oder sogar müssen, um den Lebensunterhalt zu verdienen?

Demokratie bringt Unterscheide hervor, auch bei der Positionierung von Politikern.
Mir ist wichtig, immer wieder deutlich zu machen, wofür wir Christdemokraten stehen und wofür nicht.

Große Teile von Rot-Grün gefallen sich darin, größtmögliche Buntheit, möglichst ohne einschränkende Regeln, wertneutral, gut zu heißen. Was nicht sein darf, existiert nicht.

Das andere Extrem finden wir in Teilen der AfD: Erst provozieren, dann wieder relativieren.

Herr Junge, Sie haben sich von den Antislamäußerungen Ihrer Bundesvorsitzenden jüngst distanziert, jetzt von den Äußerungen ihres stellvertretenden Bundesvorsitzenden Gauland, der meinte, einen Farbigen, nämlich Herrn Boateng, wollten die Deutschen nicht zum Nachbarn haben.

Herr Junge, Sie sind beim Fall **Gauland/Boateng** wie so oft in die Rolle des Relativierers und Diffenrenzierers geschlüpft. Herr Boateng sei ein Held des Fußballs. Und er sei ein "gelungenes Beispiel für Integration."

Herr Junge, Herr Boateng IST Deutscher. Er hat eine deutsche Mutter, ist in Deutschland geboren, hat den deutschen Pass, zudem den christlichen Glauben. Ja, er hat eine andere Hautfarbe. Vorsicht mit zu einfachen Weltbildern!

Und dann die **Relativierung der Relativierung**: *„Herr Gauland habe in einem vertraulichen Hintergrundgespräch die Einstellung mancher Menschen beschrieben, sich aber an keiner Stelle über Herrn Boateng geäußert*[46].

Und dann blieb nichts mehr Ihrer **medienwirksamen Differenzierung** übrig: Nur einen Tag später wurde dann aber über den rheinland-pfälzischen Parteiaccount der AfD – deren Landesvorsitzender Sie sind – Folgendes mitgeteilt: „*Vermutlich wurde hier das ‚protokolliert', was man gerne gehört hätte, was Gauland aber eben nicht sagte. (…) Fakt ist: Die Story ist frei erfunden. (…) Wenn es eines Beweises bedurft hätte, um den Ausdruck der #Lügenpresse zu rechtfertigen, dann hat ihn die FAS am Wochenende frei Haus geliefert.“*

Als **Fraktionsvorsitzender** bestreiten Sie die gefallene Aussage Gaulands gar nicht; sie interpretieren Sie nur. Als **Parteichef** hingegen nennen Sie die Geschichte „frei erfunden“ von der "Lügenpresse". So etwas ist für das Klima in unserer Gesellschaft schädlich.

Ich habe Ihnen nicht vorzuschreiben, was Sie zu denken haben. Aber ich habe eine Haltung dazu. Und ich möchte die Diskussionen auch offenen führen. Ordentlich im Umgang.

Anrede,

ich darf zum Ende nochmals auf Worte von Bundespräsident Gauck verweisen, der sagt:
„In Politik und Medien hat es bisweilen die Tendenz gegeben, aus pädagogischem Antrieb heraus Diskussionen lieber einzuhegen, um dem vermeintlich Guten zum Durchbruch zu verhelfen und das vermeintlich Falsche nicht zu fördern.“

Ich stimme diesen Worten zu.

[46] PM AFD-Fraktion vom 29.5.2016

Wir sollten Diskussionen nicht scheuen und Realitäten, die uns nicht passen, Frau Dreyer, ausblenden und lieber schönreden. Das ist nicht gut für die Demokratie.

Nehmen wir die Integrationspolitik:
Wir dürfen Wahrheiten über Probleme, über aggressive Islamisten, die Unterdrückung von Frauen, Parallelgesellschaften – nicht verschweigen.

Sonst suchen sich Probleme ihre Mehrheiten.
Sonst fallen einem die Realitäten vor die Füße.

Oder nehmen wir die rasant ansteigenden Wohnungseinbrüche.
Bürger spüren sehr gut, wenn etwas nicht stimmt.

Und sie fragen – zu Recht:
Wie bekommen Politik und Polizei das in den Griff?
Werde ich ernstgenommen.

Anrede,

schließen möchte ich mit einem Zitat von Kurt Schuhmacher, der 1949 die Arbeit der Opposition beschrieb.

„Die Opposition ist die Begrenzung der Regierungsmacht und die Verhütung ihrer Totalherrschaft. (…) Das Wesen der Opposition ist der permanente Versuch, an konkreten Tatbeständen mit konkreten Vorschlägen der Regierung und ihren Parteien den positiven Gestaltungswillen der Opposition aufzuzwingen.“[47]

Ich versichere Ihnen, diesen Gestaltungswillen bringen wir mit!

[47] Kurt Schumacher: Die Opposition ist Bestandteil des Staatslebens, in: Ferdinand (Hrsg.), Reden, die die Republik bewegten, 2. Aufl. 2002

Anrede,

uns allen zusammen, der Regierung und jeder einzelnen Fraktion, ist dieses Bundesland anvertraut worden.

Das ist viel Verantwortung, die wir miteinander tragen –

Und ich wünsche uns dafür allen Erfolg

und vor allem Fairness –

in die ein wie die andere Richtung!